

Solidarität mit unseren geflüchteten Kolleg*innen!

Wir, gewerkschaftliche Aktivist*innen und Mitglieder der im DGB vertretenen Mitgliedsgewerkschaften, verurteilen das Vorgehen des Berliner DGB-Bezirksvorstandes gegen unsere von Flucht und Vertreibung betroffenen Kolleg*innen aufs Schärfste. Die Räumung des Berliner DGB-Hauses am 2. Oktober geschah nicht in unserem Namen und ist für uns nicht hinnehmbar. Wir haben uns deshalb am 13. Oktober in einem Kreis von ca. 70 Personen gemeinsam mit Refugees und solidarischen Unterstützer*innen getroffen, um eine Diskussion in den Einzelgewerkschaften anzuschieben, wie Gewerkschaften den Kampf unserer illegalisierten Kolleg*innen unterstützen können. Wir wollen erreichen, dass möglichst viele Gremien und Mitglieder der Einzelgewerkschaften sich mit dem Thema und dem Vorfall beschäftigen.

Es ist unverständlich, warum der Berliner DGB auf die Forderungen der Geflüchteten nach einem Einsatz für Gewerkschaftsmitgliedschaft, einem Treffen mit den Mitgliedsgewerkschaften, einem Treffen mit verantwortlichen PolitikerInnen und nach der Organisation einer Demonstration nicht eingehen wollte. Wir verurteilen den Einsatz der Polizei, auf Order des Vorstandes, im DGB-Haus. Dabei kam es zu Verletzungen der Refugees und bei den Unterstützer*innen. Die strafrechtlichen Ermittlungen, die gegen die Aktivist*innen eingeleitet wurden, müssen eingestellt werden, und wir fordern den DGB auf, alles dafür zu tun.

Entgegen den Vorstellungen, dass der DGB für unsere geflüchteten und illegalisierten Kolleg*innen „nicht zuständig“ wäre, sehen wir den DGB als einen sozialpolitischen Akteur, der versuchen soll Solidarität mit allen Teilen der arbeitenden Klasse zu üben und zu organisieren; das gilt erst recht auch für die geflüchteten Kolleg*innen!

Klar ist, dass sämtliche „Argumente“, die uns zugetragen werden lediglich Versuche darstellen, sich mit dem Thema „Flüchtlinge“ nicht befassen zu müssen. Stattdessen sind wir der Meinung, dass die Gewerkschaften sich sehr wohl damit zu beschäftigen haben. Es geht um die Lage von illegalen Beschäftigten, von denjenigen, welche ohne Papiere jeglicher Willkür der „Arbeitgeber“ ausgesetzt sind. Für sie muss sich eine Gewerkschaft einsetzen, muss dafür sorgen dass sie einen gesicherten Zugang zum Arbeitsmarkt bekommen. Das Recht dazu wird Ihnen verweigert und genau darum sollte sich der DGB kümmern!

Verschiedene Gliederungen innerhalb der Einzelgewerkschaften planen zum Thema eine Veranstaltung, dazu wollen wir mehr Unterstützer*innen gewinnen, damit wir dieses Thema breiter in unseren Gewerkschaften diskutieren können.

Wir fordern:

Der DGB muss alles in seiner Macht Stehende tun, damit den geflüchteten Kolleg*innen kein Schaden durch die Anzeige wegen Hausfriedensbruch entsteht!

Die Aufnahme der geflüchteten Kolleg*innen in die entsprechenden Mitgliedsgewerkschaften!

Zugang zum Arbeitsmarkt, volles Bleiberecht und Bewegungsfreiheit für unsere Kolleg*innen !

Darüber hinaus unterstützen wir alle weiteren Forderungen der Geflüchteten, wie die Abschaffung von Frontex, der Dublin-Verträge, des Lagersystems und der rassistischen Asylgesetze!

Kontakt: gewerkschaften.und.refugees@gmail.com